

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Frank Schäffler hat in seinem Newsletter des Prometheus-Instituts letzte Woche einen bemerkenswerten Kommentar zur EU geschrieben, den ich in Auszügen mit Ihnen teilen möchte:

"Magna-Carta-Moment für die EU

Die Europäische Union hat offensichtlich an Anziehungskraft verloren. Das zeigt gerade die Flucht ihres ehemaligen Parlamentspräsidenten Martin Schulz. ö Wäre die EU das Zukunftsprojekt, für das es viele Eurokraten lange gehalten oder dies zumindest in Sonntagsreden immer wieder apostrophiert haben, dann wäre sein Platz weiterhin . oder gar jetzt erst recht . in Brüssel und Straßburg. Dann würden er und andere vom EU-Parlament aus für mehr Rechte des Parlaments kämpfen. Sie würden dem Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs trotzen und die Kommission zum Jagen tragen.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Man kann Schulz vieles vorwerfen . ein leiser Vertreter der Interessen des EU-Parlaments war er nicht. Er hat dem EU-Parlament ein Gesicht gegeben, das nicht jedem gefallen hat. Er hat sich ins Bild gedrängt, auch wenn er nicht darum gebeten wurde. Er hat lange Zeit mit Kommissionspräsident Juncker ein Tandem gebildet, das für das Dogma einer *ever closer union* stand, also für das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa. Kurz: Schulz verkörperte wie kein anderer die *alte* EU.

ö Sein Nachfolger, der Italiener Antonio Tajani, ist die fleischgewordene Inkarnation dieser Langeweile. Bei seiner ersten Pressekonferenz wurde er zur Brexit-Rede von Premierministerin Theresa May am Tag zuvor befragt. Seine Antwort darauf: *Ich sollte nichts sagen zu Äußerungen von Regierungschefs der europäischen Staaten.* %Weniger geht nicht.

Dabei hat die Britin einen bemerkenswerten Spagat geschafft. Sie bricht nicht mit Europa, sondern nur mit der Europäischen Union. Und dies auch nicht mit nationalistischen Tönen, sondern sie begründet das letztlich mit dem großen kulturellen Unterschied zwischen der Insel und dem Festland. Es ist der Wunsch nach Rückgewinnung eigener Souveränität, in der Rechtsetzung, in der Rechtsprechung oder im Einwanderungsrecht. ö

In der Tradition der *Rule of Law* ist auch das Urteil des obersten Gerichtshofs in Großbritannien zu sehen. Die Richter haben diese Woche entschieden, dass zum Austrittsantrag aus der EU nach Art. 50 der Europäischen Verträge erst das britische Parlament seine Zustimmung erteilen muss. ö ..In diesem Urteil zeigt sich die große Verfassungstradition der Briten. In ihrer Geschichte ging es seit der Unterzeichnung der Magna Carta durch König Johann Ohneland (1166 . 1216) immer um die Machtbegrenzung der Herrschenden durch das Recht. Kein König, kein Herrschender und auch keine Regierung durften sich seitdem über das Gesetz stellen. Diese



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Herrschaft des Rechts ist von England aus in Europa und in die Welt exportiert worden.

Das EU-Parlament, aber auch der Gerichtshof der EU, ist bislang nicht dabei aufgefallen, dass es besonders kritisch mit der Kommission umgegangen ist. Im Gegenteil, das Parlament suchte bislang immer den nibelungentreuen Schulterschluss mit der Kommission und das Gericht hatte eine besondere Freude daran, im Sinne einer stärkeren Zentralisierung der EU zu urteilen.

Diese kulturellen Unterschiede zwischen Großbritannien und der restlichen EU sind der eigentliche Kern dessen, warum sie sich auseinandergeliebt haben. Natürlich muss und wird sich Großbritannien verändern. Aber viel dringender sind Veränderungen der Europäischen Union. Wer glaubt, man müsse jetzt besonders hart mit Großbritannien umgehen, damit der Brexit nicht zum Einfallstor für weitere Austritte wird, denkt in den Kategorien der alten EU des Martin Schulz. Wer nur mit Druck und Repression eine Staatengemeinschaft zusammenhalten kann, wird bei der erst besten Erschütterung die Fliehkräfte nicht mehr eindämmen können. Eine neue EU würde Großbritannien die Hand reichen, ihr ein Freihandelsabkommen anbieten, so wie England es 1860 mit Frankreich vereinbart hat. England verzichtete damals einseitig auf alle Schutzzölle. Wie wäre es denn, wenn britische Unternehmen in die EU künftig nicht 10 Prozent Einfuhrzoll für Autos und andere Waren bezahlen, sondern

sich die Unternehmen in der EU dem unverzerrten Wettbewerb stellen müssten. Die EU wäre keine Wagenburg mehr, sondern ein offener Marktplatz für alle.

Daraus folgt: Wenn Leute wie Martin Schulz in der EU den Hut nehmen, ist vielleicht der Magna-Carta-Moment für die EU gekommen. Jean-Claude Ohneland sollte jetzt eingedämmt werden mit klaren Rechtsregeln und einem institutionellen Rahmen, der der Freiheit der Bürger dient und nicht dem ungezügelten Machtanspruch der Bürokraten und Politiker."

Europäisches Parlament

Antonio Tajani ist neuer Präsident des Europäischen Parlaments

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben in einem regelrechten Wahlmarathon den Kandidaten der EVP-Fraktion Antonio Tajani zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Tajani konnte zwar in allen Wahlgängen die meisten Stimmen auf sich vereinen, verfehlte jedoch zunächst die benötigte absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen und wurde daher erst im vierten Wahlgang gewählt. Ermöglicht wurde dies auch durch die Unterstützung der ALDE-Fraktion, die sich Tajani im Vorfeld der Wahl in einer Absprache mit deren Fraktionsvorsitzenden Guy Verhofstadt gesichert hatte. Der 63-jährige Italiener folgt damit auf Martin Schulz, der sich bei der kommenden Bundestagswahl als Kanzlerkandidat der SPD antritt. Antonio Tajani war von 2008 bis 2014 Mitglied der



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäischen Kommission. Bis 2010 war er dort zuständig für Verkehr, an schließend für Unternehmen und Industrie. Seit 2014 ist er Mitglied des Europäischen Parlaments und war bis zuletzt stellvertretender Parlamentspräsident.

Europäischer Rat

Zukünftige Finanzierung des EU-Haushalts

Die EU-Wirtschafts- und Finanzminister haben am 27. Januar 2017 den Abschlussbericht der Hochrangigen Gruppe Eigenmittel um den ehemaligen Kommissar Mario Monti beraten. Eine Expertengruppe hatte vorgeschlagen, EU-Ausgaben auf Politikbereiche zu fokussieren, die den größten Mehrwert für die Union schaffen; mehr auf Kosten-Nutzen-Analysen zu setzen, um diesen Mehrwert in Zahlen zu fassen und neue Einnahmequellen für die EU zu schaffen, die in direktem Zusammenhang mit ihren Kompetenzen und Politiken stehen. Zum Beispiel eine CO₂-Steuer, Einnahmen aus dem Emissionsrechte-Handel, höherer Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten, Anteil an deren Körperschaftssteuern, Aufkommen aus der geplanten Finanztransaktionssteuer. Die Einnahmen sollen direkt in den EU-Haushalt fließen. Für ein solches Vorgehen hat auch der neue Haushaltskommissar, Günther Oettinger, Sympathien erkennen lassen und einen baldigen Gesetzgebungsentwurf angekündigt.

Bislang finanziert sich die Europäische Union zu über 70 Prozent aus Beiträgen ihrer Mitgliedstaaten. Diese Eigenmittel bemes

sen sich nach der Wirtschaftskraft eines jeden Landes und sind so ein gutes Beispiel für Transparenz und Einfachheit. Auch für eine sparsame Budgetierung und Haushaltsführung ist gesorgt, weil die Mitgliedstaaten dieses Geld aus ihren eigenen Budgets nehmen. Würde sich die EU vorbei an den nationalen Haushalten finanzieren können, wäre die Sparneigung geringer. Das ist zugleich ein wesentliches Argument gegen eine Steuerhoheit der EU. Die Energie- und Klimapolitik wird im Bericht als attraktivste Einnahmequelle angesehen. Sie genießt besondere Wertschätzung, da sie den Klimaschutz in allen drei Energiesektoren anschieben und gleiche Wettbewerbsbedingungen in der EU schaffen würde. Hier käme als zusätzliches Problem hinzu, dass die EU-Klimapolitik konsequent auf einen Rückgang des CO₂-Ausstoßes durch weniger Energieeinsatz hinarbeitet. Damit würde eine CO₂-Steuer keine langfristig sichere und stetige Einnahmequelle für die EU (Text mit Wertungen des DIHK).

Europäische Kommission

Kommission veröffentlicht Fortschrittsbericht zur Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache

Am 25.01.2017 hat die Kommission ihren Fortschrittsbericht zum Umbau von Frontex zur Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache veröffentlicht. Diese hatte am 06.10.2016 mit einem Einsatz an der



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Grenze Bulgariens zur Türkei die Arbeit offiziell aufgenommen. Hauptaufgabe der Agentur ist es, für ein einheitliches Grenzmanagement an den Außengrenzen der EU zu sorgen, die Flüchtlingsbewegungen besser zu koordinieren und ein höheres Maß an Sicherheit herzustellen. Der Fortschrittsbericht umfasst fünf Schwerpunkte:

1. Seit dem 07.12.2016 soll der Agentur ein Soforteinsatzpool von 1.550 Grenzschutzbeamten sowie ein Ausrüstungspool für Soforteinsätze zur Verfügung stehen. Diese Kapazitäten ergänzen die nationalen Grenzschutzkräfte, die von den Mitgliedstaaten eingesetzt werden. Bestehende Lücken sollen bis Ende Februar 2017 geschlossen werden.
2. Für die präventive Schwachstellenanalyse an den Grenzen wurde eine einheitliche Methodik der Gefährdungsbeurteilung festgelegt. Bis April 2017 soll die erste Datenerhebung der Agentur über die Kapazitäten in den Mitgliedstaaten abgeschlossen sein.
3. Seit dem 07.01.2017 stehen drei neue Personalpools aus insgesamt 690 Beobachtern und Begleitpersonal für Rückführungen sowie Rückführungsexperten zur Verfügung. Seit Oktober 2016 hat die Agentur 78 Rückführungsmaßnahmen durchgeführt, bei denen insgesamt 3.421 irreguläre Migranten in ihr Ursprungsland zurückgebracht wurden. Die Kommission beabsichtigt, in den kommenden Wochen einen überarbeiteten Aktionsplan zum Thema Rückführung vorzulegen.

4. Am 06.10.2016 wurde ein Beschwerdeverfahren eingerichtet, mit dem die Achtung der Grundrechte bei allen Tätigkeiten der Agentur gewährleistet werden soll

Im November 2016 wurde von der Kommission ein Musterstatusabkommen für eine operationelle Zusammenarbeit mit vorrangigen Drittländern gebilligt. Die Kommission hat Serbien und die Republik Mazedonien als vorrangige Drittstaaten ausgewählt und den Rat zur Eröffnung von Verhandlungen mit beiden Staaten ersucht.

Darüber hinaus werden die Mitgliedstaaten im Bericht aufgefordert, die erforderlichen Ressourcen und Informationen für die Anforderungen der Agentur fortlaufend zur Verfügung zu stellen. Daneben sollen die Mitgliedstaaten identifizierte Schwachstellen im Grenzmanagement zeitnah beheben. Über den Hauptsitz der Agentur in Warschau soll mit Polen bis zum 07.04.2017 eine Vereinbarung abgeschlossen werden. Die EU-Förderung der Agentur wird schrittweise von 250 Mio. " im Jahr 2016 bis auf 320 Mio. " im Jahr 2020 erhöht und die Personalstärke der Agentur wird von 400 Beamten im Jahr 2016 auf 1.000 Beamte im Jahr 2020 steigen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-123_de.htm

Italien lehnt von Kommission geforderte Reduzierung seines Haushaltsdefizits ab

Am 01.02.2017 hat Italien der Kommission mitgeteilt, dass seine Verschuldung bei angemessener Berücksichtigung aller relevanter Faktoren im Einklang mit den Vorgaben



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP) stehe. In einem Brief wendet sich der italienische Finanzminister Pier Carlo Padoan an Vizepräsident Valdis Dombrovskis, zuständig für Euro, sozialen Dialog, Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion, und an Kommissar Pierre Moscovici, zuständig für Wirtschafts- und Finanzangelegenheiten, Steuern und Zollunion. Darin teilt Padoan mit, die italienische Regierung lehne eine übertriebene und forcierte Konsolidierung ab, weil dieser das Wachstum der italienischen Wirtschaft gefährde. Stattdessen wolle Italien den bisherigen wachstumsfreundlichen Konsolidierungs- und Reformkurs weiter verfolgen. Padoan versichert zwar, Italien plane seine Steuereinnahmen zu erhöhen und seine Ausgaben zu kürzen. Konkrete Angaben zu Zeitpunkt und Umfang der Maßnahmen macht er jedoch nicht.

Kommission will Barzahlungen einschränken

Am 23.01.2017 veröffentlichte die Kommission eine erste Folgenabschätzung zu einem Legislativvorschlag über die Beschränkung von Barzahlungen. Da die Anonymität von Barzahlungen zur Finanzierung von Terrorismus, zur Geldwäsche oder zu anderen kriminellen Handlungen missbraucht werden kann, erwägt die Kommission, Barzahlungen zu beschränken. Zwar gebe es bereits in einzelnen Mitgliedstaaten Regelungen zur Beschränkung von Barzahlungen, eine EU-weite Regelung sei jedoch zur Vermeidung der Umgehung und zur ef-

fektiven Umsetzung der nationalen Initiativen erforderlich. Ziel der Kommission ist es, die EU-weiten Regelungen zur Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung zu stärken, indem die Transparenz von Barzahlungen erhöht wird.

Alternativen zu einer europäischen Regelung, beispielsweise eine Empfehlung der Kommission oder eine Selbstregulierung der Teilnehmer, sind nach Ansicht der Kommission nicht geeignet, den Mißbrauch von Barzahlungen zu begrenzen. Die gänzliche Abschaffung von Bargeld wäre zwar geeignet aber keinesfalls verhältnismäßig. Eine Abschaffung von Scheinen mit hohem Wert sei nur beschränkt geeignet.

Von einer europäischen Regelung dürfen laut Kommission aber weder wirtschaftlich noch sozial nachteilige Auswirkungen ausgehen. Eine solche Regelung habe nach Einschätzung der Kommission jedenfalls keine Einschränkungen von Grundrechten zur Folge.

Roadmap der Kommission vom 23.01.2017 (in englischer Sprache):

http://ec.europa.eu/smart-regulation/roadmaps/docs/plan_2016_028_cash_restrictions_en.pdf

Eurogruppe: Umsetzung der kurzfristigen Schuldenerleichterung für Griechenland

Am 23.01.2017 haben ESM und EFSF die Umsetzung der kurzfristigen Schuldenerleichterungen für Griechenland beschlos-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

sen. Diese beinhalten die Streckung der Rückzahlungszeiträume für Kredite des EFSF aus dem zweiten Rettungsprogramm von 28 auf 32,5 Jahre, den Verzicht auf Zinsgewinne aus dem Rückkauf der Schulden aus dem zweiten Rettungsprogramm im Jahr 2017 und eine Strategie zur Reduzierung der Zinsrisiken zum Beispiel durch die Nutzung von Zinsswaps. Schätzungen des ESM zufolge könnte der Schuldenstand hierdurch im Verhältnis zum BIP bis 2060 um etwa 20 Prozentpunkte verringert werden.

https://www.esm.europa.eu/sites/default/files/esm_and_efs_f_approve_short-term_debt_relief_measures.pdf

Aus dem Kuriositätenkabinett

Rumänien: Fortschrittsbericht der Kommission sieht weiteren Verbesserungsbedarf

Am 25.01.2017 hat die Kommission ihren Bericht über die Bilanz des seit zehn Jahren durchgeführten Kooperations- und Kontrollverfahrens (CVM) vorgelegt. Das CVM-Verfahren überwacht die Entwicklungen in der rumänischen Justiz und bei der Korruptionsbekämpfung. Dabei kommt die Kommission zu dem Ergebnis, dass Rumänien noch immer wesentliche EU-Standards nicht erfüllt und mahnt weitere konkrete Maßnahmen zur Verbesserung an. Insgesamt habe man jedoch seit 2007 große Fortschritte gemacht. So sei das rumänische Zivil- und Strafrecht einschließlich des jeweiligen Prozessrechts umfassend reformiert worden. Auch die Professionalität und

Unabhängigkeit der Gerichte habe sich sehr verbessert, ebenso wie die Einheit der Rechtsprechung. Eine Reihe neu gegründeter Behörden kämpfe gegen die immer noch weit verbreitete Korruption. Seit 2013 nähmen auch die Verurteilungen wegen Korruption deutlich zu, insbesondere von hochrangigen Politikern, Verwaltungsmitarbeitern, Richtern und Unternehmern.

Gleichwohl gebe es noch immer erhebliche Defizite. So seien die Beförderungen in Spitzenämtern der Staatsanwaltschaften nicht frei von politischer Einflussnahme. Die Anerkennung von gerichtlichen Entscheidungen durch Parlament und Behörden sei nicht immer gewährleistet. Vielmehr sähen sich die Gerichte wiederholt heftiger Attacken durch Medien und Politiker ausgesetzt. Teile des Parlaments hätten auch wiederholt versucht, bestehende Korruptionsregeln abzuschwächen. Teilweise fehle es in der Verwaltung am Willen, Präventionsmaßnahmen gegen Korruption zu ergreifen. Da der Bericht sich auf die Jahre 2007 . 2016 bezieht, nimmt er zu den aktuellen Vorfällen in Rumänien nicht Stellung.

https://ec.europa.eu/info/file/80782/download_en?token=7ph2OtiM

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-130_de.htm

Ähnlich wird auch die Situation in Bulgarien bewertet.

https://ec.europa.eu/info/file/80456/download_en?token=oOvv66m5

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-129_de.htm



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

